

PRESSEMITTEILUNG der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

NR. 0068

Datum: 27. Januar 2009

Außenwirtschaft: Gesetzesänderung zurückziehen und überarbeiten

Zu den Ergebnissen der Anhörung zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes erklären Kerstin Andreeae, wirtschaftspolitische Sprecherin, und Wolfgang Strengmann-Kuhn, außenwirtschaftspolitischer Sprecher:

Die Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes ist nicht sinnvoll. In der Anhörung wiesen die Expertinnen und Experten auf den geringen Nutzen, aber den möglicherweise hohen Schaden hin. Vor allem würden Investoren schon jetzt verunsichert reagieren.

Um eine Ausnutzung von Marktmacht zu verhindern, ist das Wettbewerbsrecht der bessere Hebel. Die missbräuchliche politische Einflussnahme durch ausländische Staatsfirmen oder Staatsfonds sollte durch multilaterale Vereinbarungen ausgeschlossen werden. Auf der Ebene von OECD und EU laufen hier intensive Bemühungen, in die sich die Bundesregierung engagiert einbringen muss.

Einig waren sich die Fachleute, dass der vorliegende Entwurf so nicht stehen bleiben kann. Wir fordern die Bundesregierung auf, ihn zurückzuziehen. Zumindest muss sie durch umfangreiche Änderungen dafür sorgen, dass die Regelungen handhabbarer werden und nicht mehr primär abschreckend auf Investoren wirken. Darum darf die Beratung im Wirtschaftsausschuss an diesem Mittwoch auf keinen Fall zu einem voreiligen Beschluss führen.